



Der „richtige“ und der „falsche“ Antifaschismus. Erbe und Vermittlung eines komplexen Zusammenhangs

Marie Müller-Zetzsche

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Universität Potsdam

Abstract

Der Beitrag widmet sich dem Antifaschismus in der DDR als einem widersprüchlichen Erbe. Nach 1990 wurde der staatstragende und dabei häufig formelhafte Antifaschismus als Teil der DDR-Staatsdoktrin diskreditiert: als „falscher“ Antifaschismus. Gleichzeitig war gerade in den 1990er Jahren in öffentlichen Debatten auch umstritten, ob es daneben einen „richtigen“ Antifaschismus auf der Ebene von Überzeugungen gegeben habe. Daran schließt sich bis heute die Debatte um extrem rechte Einstellungen in Ostdeutschland an. Der Antifaschismus in der DDR sollte nicht so einfach als erledigtes Konzept gelten, denn antifaschistische Praktiken waren mehrdeutig. Die Beschäftigung mit dem Antifaschismus kann sowohl für die Forschung als auch für die Vermittlung von DDR-Geschichte an jüngere Generationen neue Fragen aufwerfen, mit denen sich eine Beschäftigung lohnt.

L'article est consacré à l'antifascisme en RDA en tant qu'héritage contradictoire. Après 1990, l'antifascisme en tant que doctrine d'État de la RDA, a été discrédité comme 'faux' antifascisme. Parallèlement, dans les années 1990, les débats publics ont également porté sur la question de savoir s'il existait un 'bon' antifascisme au niveau des convictions. Le débat sur la plus grande adhésion à l'idéologie de droite en Allemagne de l'Est s'y rattache encore aujourd'hui. L'antifascisme en RDA devrait toujours nous intéresser, car les pratiques antifascistes étaient ambiguës. L'étude de l'antifascisme peut soulever de nouvelles questions, tant pour la recherche que pour la transmission de l'histoire de la RDA aux jeunes générations, questions qui valent la peine d'être traitées.

This article is dedicated to anti-fascism in the GDR as a contradictory legacy. After 1990, the state-supporting and often formulaic anti-fascism appeared discredited as part of the GDR state doctrine: as 'false' anti-fascism. At the same time, especially in the 1990s, it was disputed in public debates whether there was a 'right' anti-fascism on the level of convictions. The debate about the greater adherence to right-wing ideology in East Germany is still linked to this today. Anti-fascism in the GDR should not be considered so simply as settled, because anti-fascist practices were ambiguous. Dealing with anti-fascism can raise new questions for research as well as for teaching GDR history to younger generations, questions which are worth dealing with.

Keywords

Antifaschismus • DDR • Rechtsextremismus • Erinnerungskultur • Ostdeutschland

Antifascisme • RDA • Extrême droite • Mémoire • Allemagne de l'Est

Antifascism • GDR • Far Right • Memory Culture • East Germany

Die Geschichte des Antifaschismus ist von Brüchen gekennzeichnet. Machtkämpfe und Ideologien zersplitterten antifaschistische Koalitionen in der Weimarer Republik, im Spanischen Bürgerkrieg, aber auch im Nachkriegsdeutschland, in dem die Antifaschistischen Initiativgruppen in allen Besatzungszonen rasch aufgelöst wurden. Im Kalten Krieg war der Antifaschismus in Ost und West ein Kampfbegriff. Während er in der DDR von der SED propagiert wurde und einen sehr allgemeinen Angriff auf kapitalistische Staaten darstellte, waren antifaschistische Überzeugungen unter DDR-Bürger*innen unterschiedlich verbreitet. Die SED-Führung hegte zumindest gelegentlich Zweifel an Personen oder Gruppen, die öffentlich auf eine antifaschistische Tradition verwiesen, insbesondere wenn es um Themen wie eine pro-israelische Politik oder die Warnung

vor neofaschistischen Tendenzen im eigenen Land ging. Nach 1989/90 stellte sich die Frage, was vom antifaschistischen Anspruch (in) der DDR bleiben sollte: wie passte der propagierte und punktuell „gelebte“ Antifaschismus in der DDR in die internationale, lange Geschichte des Antifaschismus? War vom DDR-Antifaschismus noch etwas zu retten oder zu lernen? Die Debatten der 1990er Jahre fielen größtenteils polemisch aus und wirken bis heute nach, vor allem in der Diskussion um extrem rechte Einstellungen in Ostdeutschland. Der folgende Beitrag geht auf diese Debatten ein und benennt unbeantwortete Fragen. Sowohl für die Geschichtswissenschaft als auch für die Geschichtsdidaktik, so seine These, bietet die Beschäftigung mit dem Antifaschismus in der DDR Chancen zum besseren Verständnis von DDR-Geschichte.

ANTIFASCHISMUS IN DER DDR – EIN WIDERSPRÜCHLICHES ERBE

Das *Kleine politische Wörterbuch* in der Neuausgabe von 1988 definiert Antifaschismus als

„gegen die Politik und Ideologie des Faschismus gerichtete [...] ihrem Wesen nach antiimperialistische Volksbewegung. Konsequenter Vertreter des A. ist die Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“ (Schütz 1989: 41)

In dieser eindeutigen Definition, die auf die Komintern und den österreichischen Sozialdemokraten Julius Deutsch zurückgeht, sind Antifaschismus und Arbeiterbewegung nicht zu trennen. In der Geschichte antifaschistischen Kampfes weltweit ist diese Definition eine Variante der wirkmächtigen Dimitroff-These. Hinter dieser These lag Georgi Dimitroffs Faschismustheorie von 1935, der zufolge Faschismus und die sogenannte bürgerliche Demokratie auf derselben kapitalistischen Ordnung beruhten. In Zeiten einer sozialrevolutionären Bedrohung des kapitalistischen Systems schlage die bürgerliche Demokratie in eine faschistische Diktatur um, in der die Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter zerschlagen werde (Rohrmoser 2022: 40). Für einen Großteil kommunistischer und später auch sozialistischer Antifaschist*innen war diese Interpretation sehr plausibel. Daneben gab es nicht nur alternative Interpretationen, wie Faschismus zu erklären sei, sondern auch die Idee einer breiten antifaschistischen Front, die neben Kommunist*innen auch Vertreter*innen der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, der Kirchen und anderer gesellschaftlicher und politischer Gruppen umfassen sollte. Die Machtübernahme der NSDAP hatte die tief gesplante Arbeiter*innenbewegung mit ihrer erst 1932 ausgerufenen Antifaschistischen Aktion nicht mehr verhindern können (ebd.: 46ff.). Während der NS-Diktatur war es im Fall deutscher Staatsbürger*innen der „antipatriotische“ (Schneider 2014: 42f.) Widerstand weniger Menschen, der dem antifaschistischen Kampf eine neue Bedeutung verlieh. Nicht mehr in erster Linie antikapitalistisch ausgerichtet, sondern vor allem als Antinazismus, vertraten ihn Liberale, Christ*innen, Anarchist*innen, sogar Offiziere. An den kleinsten gemeinsamen Nenner dieses Widerstands, den Antinazismus, schloss nach 1945 die Entnazifizierung in den Besatzungszonen und in den beiden deutschen Staaten an. Allerdings löste sich die „gemeinsame antifaschistische Position“ durch den beginnenden Kalten Krieg bald auf, in dem sie vom Antikommunismus und der in der Bundesrepublik weit verbreiteten Totalitarismustheorie weitgehend verdrängt wurde (Späth 2019). Der antikapitalistische Gehalt antifaschistischer Theorie wurde damit gleichsam übergangen oder delegitimiert. In der sowjetischen Besatzungszone hingegen konstruierte die SED im Prozess der Stalinisierung der Partei mit Ausgrenzung ihrer sozialdemokratischen Traditionen den antifaschistischen Widerstand sukzessive als Legitimation sozialistischer Herrschaft. Gleichzeitig lebte der Anspruch eines humanistischen Auftrags im Antifaschismus fort. Diesen humanistischen Auftrag des Antifaschismus definierte Nigel Copsey 2017 als „einen Gedanken, eine Haltung oder ein

Gefühl von Feindschaft zur faschistischen Ideologie und ihren Propagandisten“, gegen die man aktiv oder passiv in verschiedenen Formen vorgehen könne (Copsey/Olechnowicz 2010: xiv–xxi). Jens Späth beschreibt die Vielschichtigkeit des Phänomens zwischen den Polen von „transnationale[r] Bewegung gegen den gemeinsamen Feind“ für die 1930er Jahre und „Propagandainstrument der Kommunisten“, zwischen „zivil[e] Religion“, 100 Jahre zurückreichender „legitime[r] politische[r] Tradition“ und „Ausdruck von Humanismus“ (Späth 2019).

Die SED-Führung reklamierte die antifaschistische Politik, Ideologie und Tradition für sich und legitimierte ihre Machtpolitik dadurch. Die auf lokaler Ebene entstandenen Antifa-Ausschüsse und -Komitees verbot und verdrängte sie, ließ aber die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) als Massenorganisation bis 1953 zu.¹ Schon die Gruppe Ulbricht hatte, als sie aus dem Moskauer Exil in die Sowjetische Besatzungszone gekommen war, den nicht parteilich organisierten Antifaschismus der Antifa-Ausschüsse und -Komitees mit großem Misstrauen und als sektiererisch betrachtet (Keller/Kögler/Krawinkel/Schlemmermeyer 2018: 75). Das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR (KdAW) war als Nachfolgeorganisation der VVN in der Nationalen Front organisiert und damit in die rituelle und erstarrte antifaschistische Praxis einbezogen. Daneben gab es aber vielfältigere Praktiken, insbesondere in den ab 1975 ins Leben gerufenen KdAW-Kreis- und -Bezirkskomitees. Hier wurde die Geschichte des antifaschistischen Engagements vor Ort erforscht und in „Traditionskabinetten“ ausgestellt (Angermann/Binz/Karwath, Müller 2022: 11f.). Eine neue, gar demokratische politische Kultur entstand aus der Aneignung des antifaschistischen Widerstandes als Grundlage der DDR nicht, denn ein „pluralistischer Aufbruch“ war mit dem Stalinismus der sowjetischen Besatzer nicht vereinbar (Coppi 1994: 334). Bereits im Jahr 2000 legte Raina Zimmering ihre differenzierte Auseinandersetzung mit dem Antifaschismus als politischem Mythos in der DDR vor, in der sie auf die großen Inszenierungen etwa zu den Feiertagen, auf die „ikonographische Mythisierung“ und auf Überzeugungen eingeht (Zimmering 2000). Sie beschreibt den Geschichtsunterricht in der DDR als zentralen Ort der Vermittlung des antifaschistischen Mythos. Dessen Wirkkraft schlug allerdings fehl, kam es doch ab Mitte der 1970er Jahre zu einem Generationsbruch mit bröckelnder antifaschistischer Identifikation. Die Behandlung des Nationalsozialismus war bis dahin häufig oberflächlich geblieben. Als kollektives Identitätsangebot diente der Bezug auf einen antifaschistischen Kampf vor allem bei der ersten DDR-Generation der Entlastung und erhielt daher Zustimmung. Für die folgenden Generationen musste das Identitätsangebot der Eltern, Lehrer*innen usw. eher verdächtig erscheinen, nicht zuletzt deshalb, weil es so stark im Widerspruch zu den nationalen Mythen um Reformation und Preußentum stand, die in der Honecker-Ära als gesellschaftlicher Kitt bemüht wurden (ebd.:

¹ In der alten Bundesrepublik wurden einzelne Landesverbände der VVN vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft und beobachtet oder sogar verboten, während der Bundesvorstand aus der DDR (mit-) finanziert wurde. 1990 trat der alte Bundesvorstand zurück. Insgesamt handelt es sich um einen relativ erfolgreichen Verband (Angermann/Binz u.a. 2022: 8), der noch heute die Erinnerungskultur prägt und Archive u.a. zur Widerstandsgeschichte, aber auch zu extrem rechten Bewegungen unterhält.



167). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine in der DDR durchgeführte, aber nie veröffentlichte „Operativstudie“ zum Geschichtsverständnis von Jugendlichen. Laut dieser zeigte die Gedenkkultur, die den Antifaschismus zelebrierte und zementierte, 1985 und 1988 kaum noch Wirkung (Schmidt 2010: 223). Weiterhin wurde im *Kleinen politischen Wörterbuch* aber behauptet, der Antifaschismus schließe „objektiv stets den Kampf gegen Militarismus, imperialistischen Krieg und Terror, gegen Rassenhetze und Massenmord“ ein (Schütz 1989: 41f.). Als Staatsdoktrin erforderte der Antifaschismus laut Agnès Arp und Élisabeth Goudin-Steinmann keine persönliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, sondern nur Zustimmung zu antifaschistischen Lösungen (Arp/Goudin-Steinmann 2022: 98f.). Sein wohl breitenwirksamster Auseinandersetzungsort war die Literatur. Im Verlag Volk und Welt erschien in den 1970er und 1980er Jahren eine Reihe von Erlebnisberichten, Ansprachen und Exilromanen aus der Zeit des Nationalsozialismus, die die „Bibliothek des Sieges“ genannt wurde. Zusätzlich zu dieser Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit sollte der damalige Antifaschismus als „wichtiger Bestandteil des internationalen Kampfes [...] gegen die neofaschistischen Bewegungen“ angesehen werden (Schütz 1989: 43). Die DDR tat sich aber bekanntlich bis mindestens in die späten 1980er Jahre schwer, Neonazis im eigenen Staat zu erkennen und einen angemessenen Umgang mit ihnen zu finden. Über 8600 neo-nazistische, rassistische und antisemitische Propaganda- und Gewalttaten verzeichnet Harry Waibel für die gesamte DDR-Zeit, bei denen es Tausende Verletzte und mindestens zehn Tote gegeben habe. Auch wenn, wie zuletzt die Journalistinnen Anja Reich und Jenni Roth (Reich/Roth 2020) im Fall von Manuel Diogo zeigen konnten, nicht immer quellenkritisch vorgegangen wurde, zeigt seine Auswertung der MfS-Akten doch eine bedrückende Zahl von Fällen. Rassismus, Neo-Nazismus und Antisemitismus waren Bestandteil des öffentlichen Lebens und wurden von der SED häufig geheim gehalten (Waibel 2014). Die Migrationsgeschichte der DDR hat Johannes Schütz auf Grund der Erfahrungen, die Vertragsarbeiter*innen dort machten (vgl. Mac Con Uladh 2005), zu Recht als „Gewaltgeschichte“ beschrieben (Schütz 2023: 179).

Warnungen vor „neofaschistischen“ Tendenzen in der Bundesrepublik hingegen, die zum Teil gut informierte Analysen enthielten, erschienen in der DDR bis zum Schluss. Sie gaben auch antifaschistischen Bewegungen in der Bundesrepublik Raum (Koch 1988). Im Umbruchsjahr 1989/90 erschienen dann erste Auseinandersetzungen mit extrem rechten Überzeugungen und Bewegungen in der DDR. Monika Prenzel gab 1990 mit dem *Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR* das Buch *Im Rechts-schritt, marsch! Neofaschistische Tendenzen auf deutschem Boden* heraus, das eine fünfseitige Dokumentation der ‚Arbeitsgruppe zur Bekämpfung rechtsradikal motivierter Kriminalität und Selbstjustiz‘ des Innenministeriums der DDR vom 28.12.1989 enthielt. Darin heißt es: „Zunehmend ist die demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit in der BRD beunruhigt angesichts dessen, was der fruchtbare Schoß gebär und gebiert“ (Prenzel 1990: 5f.). „Neofaschistische“ Gruppierungen gebe es in der DDR seit 1980/81 (ebd.: 74). Von organisierten politischen Gruppen

würde man nach heutigem Forschungsstand für die frühen 1980er Jahre noch nicht sprechen, wohl aber bildete sich im Laufe der 1980er Jahre eine extrem rechte Jugendkultur in der DDR heraus. Als Grund für die Attraktivität der Neonazi-Ideologie nennt das Dokument die „gesellschaftlichen Probleme [...] unseres Landes“, insbesondere wirtschaftlicher Art und des mangelnden Ansehens der DDR bei gleichzeitiger Offenheit unter Jugendlichen für extrem rechte Propaganda (ebd.: 74f.). Das Dokument der Arbeitsgruppe bietet einen Ansatzpunkt, öffentlich über Verfehlungen und Versäumnisse im Zusammenhang mit bislang tabuisierten extrem rechten Überzeugungen zu sprechen, die bereits in Gewalt umgeschlagen sind. In diesen neuen Diskurs brachte sich auch die Geschichtsdozentin Irene Runge ein, die ebenfalls 1990 im Dietz-Verlag einen Band herausbrachte, der auf einer von ihr und Studierenden an der HU im Dezember 1989 durchgeführten Veranstaltung zu „Ausländerfeindlichkeit“ beruht. Versammelt sind zahlreiche Leser*innenbriefe zum Thema sowie Gesprächsprotokolle mit „ausländischen Werkträgern“ und Studierenden in der DDR. Irene Runge, die als Kind jüdischer Remigranten 1986 den jüdischen Kulturverein *Wir für uns* mitgegründet hatte, überlegt einleitend, wie das spät erkannte Problem rassistischer Vorurteile zu begründen sei:

„Die zurückliegende Weltabgeschiedenheit der DDR ist vermutlich nur ein Teil des Ganzen [...] Zwischen tätiger Solidarität im Falle Nicaragua und Rumänien und rassistischen Vorverurteilungen kubanischer Arbeiter können die Übergänge fließend sein. Nationalismus ist ins Alltagsbewußtsein als Witz und Zote eingedrungen, ohne daß seine Rezipienten sich zwangsweise als Chauvinisten verstehen.“ (Runge 1990: 6)

Sie spricht von einem „administrierten Antifaschismus“, der ihre eigene Wachsamkeit lange gelähmt habe (ebd.: 10f.). Diese ersten Publikationen zu extrem rechter Ideologie und Gewalt in der DDR erschienen zeitgleich zu einer Eskalation dieser Gewalt und dem steigenden Einfluss extrem rechter Jugendkultur und Parteien. Neben jüdischen Intellektuellen hatten die ersten Antifa-Gruppen in der DDR, die sich nach dem Überfall von Neonazis auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche im Oktober 1987 gegründet hatten, diese Debatten innerhalb der DDR-Opposition vorangetrieben (Weiß 2016: 120f.). Massiv wurde die rechte Gewalt noch im Umbruchsjahr – in Ost und West – und prägte in Ostdeutschland, wo sie von Eltern, Schule und in dramatischer Weise auch von staatlichen Behörden und Politik häufig verkannt und verharmlost wurde, die 1990er Jahre als „Baseballschlägerjahre“ mit Terror gegen People of color, Linke oder links aussehende Personen und solche, die als „Penner“ abgewertet wurden (Schulze 2023).

DIE DELEGITIMIERUNG DES DDR-ANTIFASCHISMUS NACH 1990 – ERKLÄRUNG DES RECHTSRUCKS?

Im Hinblick auf die Erinnerungskultur im wiedervereinigten Deutschland wies Annette Leo auf die Unterscheidung

von „richtigem“ und „falschem“ Antifaschismus hin. Zu ersterem gehört die Überzeugung, dass antifaschistische Widerstandskämpfer in der DDR ein besseres Deutschland zu schaffen versuchten. Das wäre in der DDR nicht nur nachgeplaudert, sondern auch geglaubt worden (Leo 2010: 34ff.). Auf diese Formel gebracht ist der Antifaschismus Teil des „Fortschrittsgedächtnisses“ der DDR (Sabrow 2009). Zum Fortschrittsgedächtnis gehören die Elemente utopischer Gesellschaftsvorstellungen sowie die Idee einer DDR „als legitime sozialistische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ (Kötzing 2023). In der Debatte um die DDR nach 1990 wurden diese als Überzeugungen oder Einwände formulierten Erinnerungen häufig als falsch oder verharmlosend angegriffen, besonders vehement von antikommunistischer Seite, aber nicht ausschließlich. In seinem begriffsgeschichtlichen Essay argumentiert Anson Rabinbach gegen den Versuch „wohlmeinender Wissenschaftler und Intellektueller ein antifaschistisches ‚Lebensgefühl‘“ ernst zu nehmen, gewissermaßen zu „retten“. Die Instrumentalisierung des Antifaschismus als „Ideologie und staatlich sanktionierte Erinnerung“ in der DDR sei aber nicht mehr vom „Lebensgefühl“ zu trennen (Rabinbach 2009: 41). Das ist richtig, gilt aber für die Makroebene der Begriffs- und DDR-Geschichte, nicht so sehr für die Mikrogeschichte etwa von Mentalitäten. Die Geschichtsschreibung zur DDR und die Erinnerungskultur nach 1990 haben sich nur sehr partiell dieser Erfahrungsebene des Umgangs mit der NS-Vergangenheit geöffnet.²

Viel typischer war die Konzentration auf die Makroebene. Antifaschismus wurde dabei sowohl als Mythos und Machtpolitik, als auch als linksextreme Position verstanden. Beurteilte man die DDR als totalitäre Diktatur, wie es durch Historiker*innen und Politikwissenschaftler*innen geschah, die der Extremismustheorie³ anhingen, galt es auch, ihre Ideologie im Ganzen zu diskreditieren. Befeuert wurde die Debatte durch die politische Auseinandersetzung mit der PDS, später Linkspartei. Schon während der ersten DDR-spezifischen Enquête-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Folgen und Geschichte der SED-Diktatur“ 1994 antwortete Manfred Wilke auf seine eigene Frage „Was bleibt vom instrumentellen Antifaschismus der SED nach dem Ende der DDR?“, dass die PDS dieses Erbe unrühmlich angetreten habe. Denn trotz zwischenzeitlich differenzierterer innerparteilicher Debatten beschloss sie 1993 ein Parteiprogramm, das keine Auseinandersetzung mit dem instrumentellen Charakter des Antifaschismus der SED enthielt und sich stattdessen rechtfertigend-plakativ auf die Legitimität der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung nach 1945 bezog (Deutscher Bundestag 1995: 138). Dennoch entstand insbesondere in der westdeutsch geprägten Auseinandersetzung um die DDR nach 1990 eine

Schiefelage, die durch häufigen und unpräzisen Rückgriff auf „das totalitäre Paradigma“ Unterschiede zwischen totalitären Diktaturen und autoritären Regimen verwischte (Knopper et al. 2020: 2). Hingegen ist das zum Teil sehr positive Bild der DDR als eines antifaschistischen Staates in Frankreich nach 1990 zu Recht dekonstruiert worden. Henning Fauser hat gezeigt, dass das „andere“ Deutschland im Verständnis ehemaliger KZ-Häftlinge aus Frankreich häufig ein idealisierter Ort war. Sie waren geprägt von den staatstragenden Einweihungsfeiern der Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald (1958), Ravensbrück (1959) und Sachsenhausen (1961), an denen jeweils größere französische Delegationen teilnahmen und über die in ihren Verbandszeitschriften berichtet wurde (Fauser 2013: 194). Ihre Wahrnehmung der DDR hing sowohl mit ihrem eigenen politischen Standpunkt als auch stark mit der Beurteilung der Bundesrepublik zusammen. Allerdings nuancierte sich die Beurteilung des DDR-Antifaschismus auch unter dieser Gruppe im Laufe der Jahrzehnte. Durch Kontakte mit der jüngsten DDR-Generation kritisierten manche Überlebende die Instrumentalisierung des antifaschistischen Widerstands zur Zementierung von Staatsmacht (ebd.: 196ff.). Sonia Combe gelang es mit dem Begriff „linientreue Dissidenten“ die Ambivalenz antifaschistischer Politik in der DDR unter – größtenteils jüdischen – Intellektuellen auf den Punkt zu bringen. Diese brachten ihre antifaschistischen Überzeugungen, Konflikte und Kompromisse in den Schriftstellerverband oder die SED ein und blieben häufig „[l]oyal um jeden Preis“ (Combe 2022). Auch der Versuch, extrem rechte Überzeugungen in Ostdeutschland aus dem starren Antifaschismus der DDR herzuleiten, dient der Entzauberung des Mythos. Immer wieder kommt dieses Argument auf, sowohl in der Diskussion um extrem rechte Einstellungen in Ostdeutschland als auch zur Erklärung neonazistischer Gewalt in den 1980er und 1990er Jahren. Eckhard Jesse bringt diese „Streitfrage“ auf den Punkt: „Geht der größere antidemokratische Anteil von rechts in den neuen Bundesländern eher auf die Zeit vor 1990 zurück oder eher auf die schwierige Transformationszeit seit 1990?“ (Jesse 2021: 99). Als Anhänger der Extremismustheorie urteilt er allerdings falsch, wenn er sagt, dass die „Schelte am Antifaschismus in der DDR“ deshalb „so heftig“ ausgefallen sei, weil „sich bald herausstellte, dass sowohl der parteigebundene als auch der subkulturelle Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern stärker war als in den alten“. Als Beleg zieht er Umfragewerte ab 1998 heran (Jesse 2015: 98). Aus einer von Emnid und Gallup im Auftrag des *Spiegel* 1992 durchgeführten Befragung unter West- Ostdeutschen sowie unter Jüdinnen und Juden in Israel ging aber laut *Spiegel* hervor, dass der Anteil der Ostdeutschen, der sich antisemitisch, rechtsradikal oder rassistisch äußert, geringer war als der entsprechende Anteil der Westdeutschen. „Die Bundesbürger/innen im Osten nehmen die Konsequenzen aus der NS-Vergangenheit für die Gegenwart ernster“ (Juden und Deutsche: 61 ff.). Auf die Frage, ob die Demokratie in Deutschland durch radikale und extremistische Gruppen gefährdet sei, antworteten 79 Prozent der Jüdinnen und Juden mit „ja“, 69 Prozent der Ostdeutschen und 47 Prozent der Westdeutschen. Richard Stöss zitiert aus zwei weiteren

² Gefordert und gelungen umgesetzt wurde dies in den beiden Bänden, die von Annette Leo und Peter Reif-Spirek zum DDR-Antifaschismus herausgegeben wurden (Leo/Reif-Spirek 1999; Leo/Reif-Spirek 2001).

³ Die Extremismustheorie soll helfen, extrem rechte und extrem linke Organisationen und Einstellungen vergleichend zu untersuchen, ist aber umstritten. Kritiker*innen werfen ihr unter anderem vor, extrem rechte und extrem linke Positionen gleichzusetzen und die extremistischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft nicht erfassen zu können, siehe dazu etwa Stöss 2015.



Studien von 1994, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen (Stöss 2005: 63). In einer Umfrage von forsa im Auftrag der Zeitung *Die Woche* von Mai 1994 heißt es:

Mit einem verbreiteten Klischee räumt diese Untersuchung auf: dass nämlich der verordnete Antifaschismus der DDR ins Gegenteil umgeschlagen sei, nachdem die Ostdeutschen auf die Wildbahn der freien Meinung entlassen wurden. Die Befragten aus den neuen Bundesländern zeigen durchgehend eine klarere, kundigere und ablehnendere Haltung zum Nationalsozialismus. (zitiert nach Stöss 2005: 63)

Für die erste Hälfte der 1990er gilt also noch nicht, dass in Ostdeutschland vermehrt extrem rechte Einstellungen zu verzeichnen wären. Die seit 2002 regelmäßig durchgeführte Leipziger Autoritarismus-Studie zeigt, dass sich diese Einstellungen sowohl in Ost als auch West verändert haben. Antisemitische Einstellungen waren beispielsweise 2018 und 2020 in Ostdeutschland mit 5,4 Prozent weiter verbreitet als im Westen (3,2 Prozent, gesunken von 13,8 Prozent im Jahr 2002 Decker/Kiess/Schuler u.a. 2020: 45f.). Der verordnete und widersprüchlich praktizierte Antifaschismus in der DDR ist demnach ein mehrdeutiges Erbe. Zur Erklärung rechter Einstellungen taugt er nur bedingt. Zusätzlich muss die Transformationszeit als Erfahrung von Entwertung von Biographien und Unsicherheit, die deutsch-deutsche Geschichte des Rechtsextremismus und das über Generationen nachwirkende Erbe des Nationalsozialismus für die Erklärung heutiger Unterschiede in den Überzeugungen herangezogen werden.

ANTIFASCHISMUS ERFORSCHEN UND VERMITTELN: DEUTSCH-DEUTSCHE UND DEUTSCH-DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PERSPEKTIVEN

Laut Hans Coppi sind die „Versuche, sich des Antifaschismus zu entledigen, ihn zu kriminalisieren, zu historisieren oder ihn als Mythos allein auf seine Fehler und historischen Versäumnisse zu reduzieren [...]“ nicht zu übersehen (Coppi 1994: 336f.). Dagegen möchte ich vier Forschungs- und Vermittlungsperspektiven eröffnen, sich weiter mit dem Antifaschismus in der Vergangenheit und als Vermächtnis zu befassen.

Erstens ließe sich der „Antifaschismus von unten“ etwa der ersten Antifa-Gruppen der DDR als eine deutsch-deutsche Transfergeschichte untersuchen. So organisierte sich die Potsdamer Antifa über die Umweltbibliothek in Ostberlin westdeutsche Literatur über Rechtsradikalismus und Neonazismus, deren Erkenntnisse sie in ihren eigenen Veröffentlichungen verarbeitete (Coppi 1994: 118f.).

Auch die Ostberliner Antifa bezog wichtige Informationen aus dem *Antifaschistischen Infoblatt* aus West-Berlin, etwa über geplante Neonazi-Aktivitäten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers. Sie führte dazu am 19./20. April 1989 eine gut besuchte Infoveranstaltung durch, die als Gründungsmoment der Autonomen Antifa Berlin (Ost) gilt.

Weiterforschen ließe sich *zweitens* an der deutsch-deutsch-französischen Geschichte des Antifaschismus. In der DDR wurde beispielsweise 1953 ein antimilitaristisches Stück von Roger Vailland aufgeführt – „Le colonel Foster plaidera coupable“ –, das mit der Begründung, die öffentliche Ordnung sei bedroht, vom Pariser Polizeipräfekten im Vorjahr nach der zweiten Aufführung in Frankreich abgesetzt worden war. Die neofaschistische Gruppe Jeune Nation um die Brüder Sidos hatte diese Aufführungen gestürmt (Milza 2002: 66). Ein weiterer vergleichender oder transforgeschichtlicher Ansatz betrifft die Geschichtswissenschaft selbst: Sowohl in der DDR als auch in Frankreich beschäftigten sich Historiker*innen erst ab den späten 1970er Jahren genauer mit der Shoah und den Erinnerungen jüdischer Überlebender (Combe 2022: 201).

Drittens scheint insbesondere die bewegte kurze Geschichte der zweiten, der demokratischen DDR noch wenig erforscht zu sein. Hier spielten Verhandlungen auf zwischenstaatlicher Ebene und an den Runden Tischen, das Demonstrationsgeschehen, die neu gegründeten Institutionen wie die der Ausländerbeauftragten sowie die Antifa in Ost und West eine je eigene Rolle. Es ließe sich zum neuen Wissen über Rassismus und menschenfeindliche Ideologien und zur Zirkulation dieses Wissens forschen. Gerade hierzu scheinen die Bände im Fonds RDA in Nantes von Monika Prenzel (Prenzel 1990) und Irene Runge (Runge 1990) ein guter Ausgangspunkt zu sein.

Viertens bietet die Beschäftigung mit Antifaschismus in der schulischen und außerschulischen Bildung gute Chancen für die Vermittlung eines multiperspektivischen DDR-Bildes. In Schulbüchern neuerer Generationen insbesondere für die Oberstufe wird Antifaschismus bereits als Legitimationsstrategie und als Herrschaftsinstrument verhandelt. Teilweise bieten die Autor*innen auch Texte zu antifaschistischen Überzeugungen von DDR-Bürger*innen. (Müller-Zetzsch 2020). Aber auch weitere Aspekte der DDR-Geschichte wie ein generationeller Zugang – wann verlor die über den Antifaschismus transportierte Legitimation an Strahlkraft? – könnten geschichtsdidaktisch genutzt werden. Zudem ließen sich neue Vergleichsebenen öffnen, in dem antifaschistische Praktiken, Überzeugungen und Instrumentalisierungen in die internationale Geschichte des Antifaschismus der letzten hundert Jahre eingeordnet werden. So entstünden möglicherweise mehr Fragen zur DDR-Geschichte als eindeutige Antworten.

Bibliographie

Angermann, Eric/Binz, Sarah/Karwath, Leonie/Müller, Yves (2022), „Editorial: Das Schicksal, Sisyphus zu sein. Der Antifaschismus seit 1945“ in *Arbeit - Bewegung - Geschichte. Zeitschrift für historische Studien* 21 (III), 7-25.

Arp, Agnès/Goudin-Steinmann, Élisabeth (2022), *Die DDR nach der DDR. Ostdeutsche Lebenserzählungen*, Gießen, Psychosozial Verlag.
Combe, Sonia (2022), *Loyal um jeden Preis. „Linientreue Dissidenten“ im Sozialismus*, Berlin, Aufbau.

- Copsey, Nigel/Olechnowicz, Andrzej (Hg.) (2010), *Varieties of Anti-Fascism. Britain in the Inter-War Period*, London, Palgrave Macmillan.
- Coppi, Hans (1994), „Antifaschismus“, *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 1, Hamburg, Berlin, Argument Verlag, 326-338.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Pickel, Gert/Brähler, Elmar (2020), „Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf“, in Oliver Decker/ Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments*, Gießen, Psychosozial-Verlag, 27-87.
- Deutscher Bundestag (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), 9 Bde. in 18 Teilbänden, Baden Baden/Frankfurt am Main 1995, Bd. III.
- Fausser, Henning (2013), La vision de „l'autre Allemagne“. Images de la RDA chez les anciens déportés français, in Anne Kwaschik, Ulrich Pfeil (Hg.), *Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen*, Brüssel, Peter Lang, 185-200.
- Jänicke, Christin/Paul-Siewert, Benjamin (2017), „Einleitung. Historische Ausgangspunkte und Verortung einer Bewegung“, in dies. (Hg.): *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*, Münster, Westfälisches Dampfboot, 7-19.
- Jesse, Eckhard (2015), *Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge*, Köln, Böhlau.
- „Juden und Deutsche.“ *SPIEGEL-Spezial*, Nr. 2/1992.
- Keller, Mirja/Kögler, Lena/Krawinkel, Moritz/Schlemmermeyer, Jan (2018), *Antifa. Geschichte und Organisation*, Stuttgart, Schmetterling Verlag, 3. aktualisierte Auflage.
- Knopper, Françoise/Röseberg, Dorothee/Mäder, Marie-Therese/Moine, Caroline (2020), „1989/1990. 30 Jahre danach: Welche Erinnerungen?“, *Symposium* 2(1), 1-6.
- Koch, Günter (1988), *Als Mutprobe: MORD. Über neofaschistische Bewegungen in kapitalistischen Ländern*, Berlin, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik.
- Kötzing, Andreas (2023), Gedächtnis im Wandel? Partizipative Formen der DDR-Erinnerung in den Sozialen Medien, Deutschland Archiv, 23.01.2023, URL: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/508375/gedaechtnis-im-wandel/>.
- Leo, Annette (2010), „Antifaschismus“, in Martin Sabrow (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, Bonn, BpB, 28-40.
- Leo, Annette/Reif-Spirek, Peter (Hg.) (1999), *Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus*, Berlin, Metropol.
- Leo, Annette/Reif-Spirek, Peter (Hg.) (2001), *Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus*, Berlin, Metropol.
- Mac Con Uladh, Damian (2005), „Die Alltagserfahrungen ausländischer Vertragsarbeiter in der DDR: Vietnamesen, Kubaner, Mozambikaner, Ungarn und andere“, in Karin Weiss/Mike Dennis (Hg.), *Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland*, Münster, Lit-Verlag, S. 51-68.
- Milza, Pierre (2002), *L'Europe en chemise noire. Les extrêmes droites en Europe de 1945 à aujourd'hui*, Paris, Fayard.
- Müller-Zetzsche, Marie (2020), *Die DDR im Klassenzimmer. Deutung und Wissensvermittlung in Deutschland und Frankreich nach 1990*, Frankfurt am Main, Wochenschau-Verlag.
- Prenzel, Monika (1990), *Im Rechtsschritt, marsch! Neofaschistische Tendenzen auf deutschem Boden*, Berlin, Dietz.
- Rabinbach, Anson (2009), *Begriffe aus dem Kalten Krieg. Totalitarismus, Antifaschismus, Genozid*, Göttingen, Wallstein (Vorträge und Kolloquien / Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 5).
- Reich, Anja/Roth, Jenni (2020), „Der Fall Diogo: Wie aus einem tragischen Unfall ein brutaler Neonazi-Mord wurde“, in *Berliner Zeitung*, 30.9.2020, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/manuel-diogo-wie-aus-einem-tragischen-unfall-ein-brutaler-neonazi-mord-wurde-li.108466#>.
- Rohrmoser, Richard (2022), *Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute*, München, C.H. Beck.
- Runge, Irene (1990), *Ausland DDR. Fremdenhaß*, Berlin, Dietz.
- Sabrow, Martin (2009), „Die DDR erinnern“, in ders. (Hg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München, C.H. Beck, S. 11-27.
- Schmidt, Rüdiger (2010), „Sieger der Geschichte? Antifaschismus im anderen Deutschland“, Großbötting, Thomas (Hg.), *Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand*, Bonn, BpB, 208-229.
- Schneider, Ulrich (2014), *Antifaschismus*, Köln, PapyRossa Verlag.
- Schulze, Christoph (2023), „'Rock gegen Kommunismus'. Rechtsextreme Jugendkultur in Brandenburg in den 1980er und 1990er Jahren“, in Peter Ulrich Weiß/Irmgard Zündorf/Florentine Schmidt-mann (Hg.), *Umstrittene Umbrüche. Das Ende der SED-Diktatur und die Transformationszeit in Brandenburg*, Berlin, Metropol.
- Schütz, Gertrud u.a. (Hg.) (1989), *Kleines politisches Wörterbuch*, Neuausgabe 1988, Berlin, Dietz.
- Schütz, Johannes (2023), Rassistische Gewalt in der späten DDR, Ereignisketten und soziale Kontexte an einem Beispiel aus Sachsen, *Archiv für Sozialgeschichte* 63, S. 173-191.
- Späth, Jens (2019), „Antifaschismus. Begriff, Geschichte und Forschungsfeld in westeuropäischer Perspektive“, in *Docupedia-Zeitgeschichte*.
- Stöss, Richard (2005), *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Stöss, Richard (2015), „Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozialwissenschaften“, BpB, URL: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/200099/kritische-anmerkungen-zur-verwendung-des-extremismuskonzepts-in-den-sozialwissenschaften/> (05.09.2023).
- Waibel, Harry (2014), *Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED. Rassismus in der DDR*, Frankfurt am Main, Peter Lang.
- Weiß, Peter Ulrich (2016), „Außenseiter der Opposition. Alternative Antifa-Szene und ostdeutsche Demokratiebewegung“, in Frank Bösch/Martin Sabrow (Hg.), *ZeitRäume*, Göttingen, Wallstein Verlag, 111-126.
- Zimmering, Raina (2000), *Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen*, Opladen, Leske und Budrich.